

NACHRICHTEN

DAS WETTER

Es bleibt ziemlich ungemütlich

Die orkanartigen Böen haben sich zwar weitgehend verzogen, aber die stürmischen Böen und schweren Sturmböen halten sich zäh, vor allem an den Küsten. Dabei ist es wechselnd, im Süden auch stark bewölkt mit Schauern, Schneeregen und Graupel. Am Nachmittag kommt dann von Westen her eine neue Regenfront heran. Dafür wird es etwas milder: Die Höchstwerte liegen zwischen 2 und 8 Grad. Am wärmsten wird es im Breisgau.



HYGIENEVORSCHRIFTEN

Jede vierte Klinik erfüllt Regeln nicht

HAMBURG | Mehr als jedes vierte Krankenhaus (26 Prozent) erfüllt einem Bericht zufolge die Hygienevorschriften des Robert-Koch-Instituts nicht und beschäftigt zu wenig Hygienepersonal. Am besten schnitt Hamburg ab, wo zehn Prozent der Kliniken die Hygienevorgaben verfehlen, ergaben Recherchen des ARD-Magazins „Plusminus“ und des Portals Correctiv. Schlusslicht ist demnach Bremen, wo 43 Prozent aller Kliniken die Vorgaben nicht erfüllen. Es folgen Thüringen mit 42 und Berlin mit 37 Prozent. (epd)

ISLAMVERBAND DITIB

NRW setzt Kooperation fort

DÜSSELDORF | Die rot-grüne Landesregierung in NRW will trotz erheblicher Vorwürfe gegen die türkisch-islamische DITIB weiter mit dem Verband zusammenarbeiten. Die Regierung sehe die DITIB weiter als Partner, habe aber ihre Sorgen und Erwartungen deutlich formuliert, sagte eine Sprecherin des Integrationsministeriums gestern nach Gesprächen über eine weitere Zusammenarbeit. DITIB-Imame sollen angebliche Gülen-Anhänger bespitzelt und Infos an die Erdoğan-Regierung weitergegeben haben. (dpa)

NEUE VORWÜRFE GEGEN ANDRÉ EMINGER

Verprügelte NSU-Angeklagter Jugendlichen?

BERLIN taz | Neue Vorwürfe gegen André Eminger, Angeklagter im NSU-Prozess. Die Staatsanwaltschaft Zwickau bestätigte der taz, dass gegen den 37-jährigen Anklage wegen Körperverletzung und Bedrohung erhoben wurde. Er soll im Mai 2016 in seiner Heimatstadt Zwickau einen 18-jährigen verprügelt haben. Vorausgegangen sei ein Streit des Jugendlichen mit Emingers 14-jährigem Sohn.

Der 18-Jährige sei danach für eine Aussprache zu einem Parkhaus bestellt worden – wo Eminger laut Anklage sofort auf ihn einschlug und eintrat. Dem Op-



Macht nicht viele Worte – André Eminger. Foto: CityPress24

fer habe er gedroht: „Wenn du meinen Sohn noch mal anfässt, mache ich dich tot.“ Eminger bestreitet die Vorwürfe und lehnte einen Strafbefehl über 40 Tagesstrafe ab. Nun soll Mitte Mai vor dem Amtsgericht Zwickau verhandelt werden.

Im NSU-Prozess ist Eminger als Terrorhelfer angeklagt. Er soll dem Trio nach dem Abtauchen 1998 seine erste Wohnung in Chemnitz angemietet haben, ihm Bahncards und Wohnmobile für zwei Banküberfälle und einen Anschlag in Köln besorgt haben. Als einziger Angeklagter schweigt er bis heute. (ko)

Mit Panzern gegen Putin

MILITÄR Von Bremerhaven über die Schiene nach Polen: Die US-Armee verlegt derzeit eine Kampfbrigade nach Osteuropa. Aus Linkspartei, SPD und AfD kommt Kritik

VON TOBIAS SCHULZE

BERLIN taz | Am Montag erreichten die ersten Panzerhaubitzen ihr Ziel. In Drawsko Pomorskie, knapp hundert Kilometer hinter der deutschen Grenze, luden US-Soldaten die Fahrzeuge von Güterwagen der Deutschen Bahn. Drei Tage hatte die Zufahrt gedauert, von der Schiffsanlegestelle in Bremerhaven ging es über Niedersachsen und Brandenburg nach Polen.

Insgesamt transportiert die US-Armee derzeit rund 3.500 Soldaten und 2.000 Militärfahrzeuge nach Polen. Eigentlich ist die Kampfbrigade in Colorado stationiert, im Rahmen der „Operation Atlantic Resolve“ wird sie aber für die kommenden neun Monate nach Osteuropa verlegt. Nach US-Angaben soll die Aktion dazu beitragen, „mit Blick auf die russische Intervention in der Ukraine den Frieden und die Stabilität in der Region“ zu sichern.

In Deutschland stößt die Truppenverlegung, die Bundeswehrsoldaten logistisch unterstützen, in verschiedenen Lagern auf Kritik. „Das dürfte in Russland als konkrete Kriegsvorbereitung wahrgenommen werden“, sagte die Linke-Fraktionsschefin Sahra Wagenknecht in der vergangenen Woche. AfD-Vize Alexander Gauland sprach von „Säbelrasseln“ und zunehmender Konfrontation. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte dem RB: „Es hilft uns nicht weiter, wenn Panzer auf beiden Seiten der Grenze auf und ab fahren.“

CDU und Teile der Grünen zeigen mehr Verständnis. Der brandenburgische Oppositionsführer Ingo Senftleben nannte es „befremdlich“, dass Woidke das



Am Rande der Strecke protestierte die Linkspartei am Montag in Lehlin (Brandenburg). Foto: Ralf Hirschberger/dpa

polnische Sicherheitsbedürfnis nicht ernst genug nehme. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck sagte der taz: „Balten und Polen sind verständlicherweise besorgt, weil Russland Krieg führt und in der Ukraine gewaltsam Grenzen verschoben hat. Die Länder haben ihre Erfahrungen mit Okkupation durch die expansiven nationalsozialistischen und sowjetischen Nachbarn machen müssen.“

Die nun verlegten Truppen werden nicht alle in Polen bleiben: Ab Februar werden einzelne Bataillone ins Baltikum, nach Bulgarien und Rumänien sowie zum US-Stützpunkt Grafenwörth in der Oberpfalz verteilt. Nach neun Monaten soll sich die gesamte Brigade wieder zurückziehen, dafür rückt eine neue Einheit samt Material aus den USA an. Zweck der Rotation

CDU und Teile der Grünen zeigen mehr Verständnis für den Transport

ist unter anderem, große Truppentransporte zu üben.

Anders als von einigen Kritikern der Operation behauptet, verlegt die US-Armee im Rahmen der Truppenbewegung nicht 2.000 Panzer, sondern 2.000 Fahrzeuge verschiedener Art. Darunter sind beispielsweise Sanitätsfahrzeuge und Autoanhänger, aber auch 87 Kampfpanzer, 18 Panzerhaubitzen und 144 sogenannte Bradley-Kampffahrzeuge, die als Späh- oder Schützenpanzer eingesetzt werden können. Eine komplette Liste der Fahrzeuge veröffentlichte die US-Armee nicht, die tatsächliche

Gesamtzahl der Panzer teilte sie auf Anfrage nicht mit.

Im Rahmen der US-Operation werden ab Februar zudem noch 2.200 weitere Soldaten sowie 84 Transport- und Kampfhubschrauber nach Deutschland und Osteuropa verlegt. Außerdem bildet die Nato derzeit vier multinationale Bataillone mit je rund 1.000 Soldaten, die in Polen und dem Baltikum stationiert werden; die USA werden dafür mehrere hundert Soldaten stellen.

Alles in allem handelt es sich um den größten US-Truppenaufbau in Europa seit Jahrzehnten. Für einen Krieg mit Russland würde er aber kaum ausreichen. Zum Vergleich: Vier Wochen vor der Irak-Invasion 2003 hatten die USA allein im Nachbarland Kuwait über 100.000 Soldaten stationiert. Meinung + Diskussion SEITE 12

Es darf kein Gesinnungsstrafrecht geben

TERRORABWEHR Grünen-Innenexperte begrüßt einige Verschärfungen, warnt aber vor Übereifer

taz: Herr von Notz, sind die Maßnahmen gegen islamistischen Terror, auf die sich Innen- und Justizminister geeinigt haben, sinnvoll?

Konstantin von Notz: Vieles davon sind Dinge, die die Große Koalition längst hätte machen müssen – der Informationsaustausch zum Beispiel auf europäischer Ebene funktioniert sehr schlecht. In einem freizügigen Europa brauchen wir ein funktionierendes System. Da ist absolut zu wenig gemacht worden. Das Gleiche gilt für den wichtigen Bereich der Prävention. Sind 18 Monate Abschiebehaft und Fußfessel für Gefährder, die ja keine Straftäter sind, verhältnismäßig?

Die Fußfessel ist Symbolpolitik, sie verhindert keine Anschläge. In Frankreich hat ein Terrorist mit einer Fußfessel einem Priester die Kehle durchgeschnitten. Das zeigt, dass man damit nicht effektiv für mehr Sicherheit sorgt. In Einzelfällen kann das vielleicht Sinn machen, eine schlüssige Antwort auf die Probleme ist es nicht. Dass man einen abgelehnten Asylbewerber festsetzen kann, bei dem es wie im Fall Anis Amri konkrete Hinweise gibt, dass er einen Anschlag begehen will, das finde ich richtig – wenn es konkrete und hinreichende Belege für die Gefahr gibt. Was es in einem Rechtsstaat nicht geben darf, ist ein Gesinnungsstrafrecht. Wir werden die Regelungen, wenn sie ausgearbeitet sind, sehr genau prüfen.

Was ein Gefährder ist, ist bislang nicht klar definiert. Das ist ein erhebliches Problem – europaweit, aber auch in Deutschland. Das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum unterscheidet verschiedene Gefährdungsstufen. Wenn man an diese Einstufung als Gefährder rechtliche Konsequenzen knüpft, muss man das genau definieren, das ist bislang nicht der Fall. Bemerkenswert ist auch, worüber die Minister nicht gesprochen haben.

Zum Beispiel? Das europäische Waffenrecht soll als Reaktion auf die Anschläge von Paris reformiert werden, dort wurden umgebaute Dekorationen besetzt. Die Sicherheitsbehörden sagen, dass es Tausende von diesen Waffen in Europa auf dem Schwarzmarkt gibt, dagegen aber geht die Bundesregierung nicht entschieden vor. Ein weiteres Problem ist das fehlende Personal bei den Bundesbehörden. Jahrelang wurde Personal abgebaut.

Der Fall Amri

Die Berliner Sicherheitsbehörden erstellen derzeit ein Bewegungsprofil des Terroristen Anis Amri. Dabei geht es um die drei Monate bis zum 19. Dezember, dem Tag des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz.

Amri war als Gefährder eingestuft. Am 21. September hatte der Berliner Generalstaatsanwalt die Überwachung der Kommunikation unter anderem deshalb beendet, weil Amri eine „relevante Moschee“ nicht mehr aufgesucht habe. Seit Dienstag weiß man: Am 2. und 3. Oktober hat Amri die relevante Moschee – die Fusillet-Moschee – betreten. Die Aufnahmen des Verfassungsschutzes seien erst jetzt ausgewertet worden, teilte Berlins Innensenator mit. (taz)

ANZEIGE



Sie diskutieren auf Ihrer Fraktionsklausur auch über Sicherheit. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem Fall Amri? Bis heute sind viele relevante Fragen nicht beantwortet, deshalb haben wir im Bundestag auch eine kleine Anfrage eingereicht. Wie ist er an die Waffe gekommen? Wer hat exakt entschieden, dass seine Gefährdung so schwach eingestuft wurde? Hat nicht nur die Polizei, sondern auch der Verfassungsschutz Amri überwacht? Wir wissen noch nicht, was schiefgelaufen ist und was man effektiv verbessern muss. Verstört ist, dass man so viele Hinweise auf die Gefährlichkeit dieses Mannes hatte und man ihn doch aus den Augen verloren hat.

INTERVIEW SABINE AM ORDE

Konstantin von Notz

45, ist promovierter Jurist, Innenpolitiker und stellvertretender Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion.

Foto: dpa

Schlichtung bei der Bahn hat begonnen

TARIFKONFLIKT Ramelow und Platzeck suchen Kompromiss zwischen Konzernspitze und GDL

BERLIN dpa | Im Tarifstreit bei der Deutschen Bahn bemühen sich seit Mittwoch die beiden Schlichter um eine Einigung zwischen Unternehmen und Lokführergewerkschaft GDL. Unter dem Vorsitz der Politiker Bodo Ramelow und Matthias Platzeck kam die Schlichtungskommission erstmals in Berlin zusammen.

Der thüringische Regierungschef Ramelow von der Linkspartei und der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident

Platzeck (SPD) haben zunächst drei Wochen Zeit, um beide Seiten zu einem Kompromiss zu bewegen. Dann ist eine Verlängerung um eine Woche möglich. Solange besteht Friedenspflicht, das heißt Streiks sind verboten. Hauptstreikpunkt ist die Verteilung der Ruhetage für die rund 35.000 Beschäftigten des Zugpersonals. Die GDL dringt darauf, dass Lokführer und Zugbegleiter nach fünf Arbeitstagen stets zwei freie Tage bekommen. Nach Ansicht der Bahn lässt sich

das im Schichtbetrieb des Unternehmens nicht verwirklichen. Die Gewerkschaft hat zudem 4,0 Prozent mehr Geld gefordert, die Bahn bislang 1,5 Prozent ab April 2017 angeboten sowie eine Einmalzahlung von 550 Euro.

Die Tarifverhandlungen hatten Mitte Oktober begonnen, nach der sechsten Runde kurz vor Weihnachten erklärte die GDL das Scheitern und leitete die Schlichtung ein. Beide Seiten warfen sich gegenseitig vor,

nicht ernsthaft zu verhandeln. Die Beratungen der Schlichtungskommission sind vertraulich. Bis zum Schluss gibt es keine öffentlichen Erklärungen – so steht es in der Schlichtungsvereinbarung. Während der Schlichtung im Frühsommer 2015, ebenfalls mit Platzeck und Ramelow als Vorsitzenden, drang bis zur gemeinsamen Verkündung des Ergebnisses nichts an die Öffentlichkeit. Kommentar im Internet unter: www.taz.de/5373749/